

# Die Steuerlast wird steigen.

## Gibt es sonst auch noch Ideen und Lösungsvorschläge oder war es das schon?

### Die größte Enttäuschung vorab:

„Die angepeilten Steuersätze sind im überregionalen Vergleich zu hoch, am Ende bleibt uns aber nur dieser Weg, um den Haushalt auszugleichen.“

So die Stellungnahme von Petra Saretz, Fraktionsvorsitzende der CDU.

Das muss man mal auf sich wirken lassen: Offensichtlich wider besseren wirtschaftlichen Wissens soll eine Steuererhöhung so oder so schon höherer Steuern als in anderen Regionen der einzige Ausweg sein, um den Haushalt auszugleichen? Das wäre, zumindest bisher, von anderen Parteien zu erwarten gewesen, nicht aber von der CDU.

Steuerunterschiede innerhalb Deutschlands:

**Grundsteuer: 1.187 %**  
**Gewerbsteuer: 232 %**

Quelle: WELT / DIHK, 31.10.2023

Kein Unternehmen, das auf Dauer Bestand haben will, wird den Fehler machen, die Standortkosten nicht zu berücksichtigen.

Was plant dann die CDU, wenn alleine durch die uns alle betreffende Zinssteigerung und den zu erwartenden Lohnerhöhungen der städtische Haushalt in den kommenden Jahren noch weit mehr aus dem Ruder zu laufen droht? Die nächste Steuererhöhung? Davon ist auszugehen.

Dass das so oder so schon längst nicht mehr gültige Leistungsprinzip, dass diejenigen, die mehr arbeiten und leisten auch mehr haben müssen, jetzt auch schon von dieser Seite außer Kraft gesetzt wird, lässt nichts Gutes erahnen.

**Schweren Herzens muss hier zum Wohle aller die Grundsteuer moderat erhöht werden, die Gewerbesteuer-einnahmen seien seit Jahren viel zu niedrig. Mit der geplanten Erhöhung sollen künftig „die mehr zahlen, die einen Gewinn erwirtschaften und sich damit an der für einen erfolgreichen Gewerbebetrieb erforderlichen Infrastruktur beteiligen“.**

So die Fraktionsvorsitzende der SPD/ Die Linke, Tanja Weißbe.

Eine Steuererhöhung zum Wohle aller, sorry Frau Weißbe, solche Floskeln können die meisten nicht mehr hören. Sind es nicht die SPD und die Grünen, die sich seit Jahren vehement für bezahlbare Mieten einsetzen, und jetzt, auch wohl wissend, Mieterhöhungen in Kauf nehmen, weil der öffentlichen Hand das Geld ausgeht?

Statistisches Bundesamt:

**Insolvenzen in Deutschland steigen im Oktober um gut 22 Prozent.**

Quelle: Welt, 14.11.2023

Dass die aufs neue Jahr steigende LKW-Maut alle Preise weiter steigen lassen wird, sei hier nur am Rande erwähnt. Sie sollten Ihre Wähler darauf vorbereiten.

**Sehr geehrte Frau Weißbe, falls Sie es noch nicht wissen: Firmen können ohne Gewinn nicht existieren.**

Haben diejenigen, die die Gewerbesteuer-einnahmen als zu gering erachten, schon mal in Betracht gezogen, dass viele Firmen, die auch mit den Folgen von Corona, der Inflation und stark steigenden Energiepreisen zu kämpfen haben, einfach nicht mehr die Gewinne erzielen können, die nötig sind? Dass die Steuereinnahmen hier „nicht hoch“ genug sind, liegt nicht am Hebesatz

der Gewerbesteuer, sondern an der wirtschaftlichen Lage, in der sich viele befinden. Was wäre denn Ihre Vorstellung von „hoch genug“? Nach oben endlos offen? Uns reicht's auf jeden Fall. Völlig.

An der Infrastruktur, an der sich lt. Tanja Weißbe alle Betriebe mit Gewinn beteiligen sollen, leisten alle Betriebe schon immer einen erheblichen Anteil. Das hört sich so an, als ob man sich für ein Gewinn erwirtschaftendes Unternehmen entschuldigen muss und kein Unternehmen bisher Steuern bezahlen würde.

Ob die Kommunen, das Land oder der Bund das Geld bekommen, spielt am Ende für uns keine Rolle. Waren es nicht Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Erschließungskosten, Mineralölsteuer, Kfz-Steuer, die LKW-Maut,

Statistisches Bundesamt:

**Deutsche Haushalte zahlen EU-weit die höchsten Strompreise.**

Quelle: Welt, 15.11.2023

und, nicht zu vergessen, die EEG-Umlage, die wir alle auch bezahlen mussten, auch wenn der Strom selbst erzeugt und selbst verbraucht wurde? Zählt das nicht zur Infrastruktur? Wenn Sie wissen, wo die Milliarden hin sind, die wir alle dafür bezahlt haben, sind Sie vermutlich die Einzige. Spätestens seit dem 24.2.2022 wissen alle klar Denkenden, dass alle Abgaben wie Netzentgelt inkl. Messung und Messstellenbetrieb, Mehrwertsteuer, Konzessionsabgabe, KWK-Aufschlag, §19 StromNEV-Umlage, Offshore-Netzumlage und die Umlage für abschaltbare Lasten (das sind alles Bestandteile, aus denen sich mit der Gesamtstrompreis ergibt), an den unterschiedlichsten Stellen versickert sind nur nicht dort, wo sie hingehört hätten: In den Ausbau der Er-

Hubertus Heil, Bundesarbeitsminister (SPD):

**Wir benötigen beim Bürgergeld einen Nachschlag von 3,25 Milliarden EUR.**

Quelle: Welt, 12.11.2023

**Die Firmen in Deutschland suchen händeringend mehr als 3,25 Millionen motivierte Mitarbeiter.**

neuerbaren Energien. Nur die Zahl der Versorgungsposten in der Verwaltung dürfte sich positiv entwickelt haben. Wie sonst ist es zu erklären, dass wir den von Politikseite selbstgesteckten Zielen Jahre wenn nicht sogar Jahrzehnte im wahrsten Sinne des Wortes hinterherhinken? Auch hier haben sich alle, die die Energiekosten selber bezahlen müssen, massiv beteiligt.

**Hätten wir die Steuererhöhungen 2019 beschlossen, stünden wir heute besser da.**

So der Irrglaube von Anamari Filipovic, Vorsitzende der Grünen Fraktion.

Frau Filipovic, Sie müssen uns an dieser Stelle erklären, was Sie zu dieser Aussage verleitet. Eigentlich müssten Sie es besser wissen. Tatsache ist, dass zum 1. Januar 2020 der Hebesatz der Gewerbesteuer von 360 auf 380 erhöht wurde. Zudem gab es am 14.12.2017 einen Gemeinderatsbeschluss, dass ab dem Haushaltsjahr 2018 die Grundsteuer für 3 Jahre erhöht wird. Diese vorübergehende Erhöhung war als Solidarbeitrag der Bürger der Stadt Heidenheim für die Sanierung des Klinikums gedacht mit einer zeitlichen Befristung von 3 Jahren. Aber wie es halt mit Solidarbeiträgen so

Christian Lindner, Finanzminister (FDP):

**Deutschland hat kein Einnahmeproblem.**

Quelle: Wirtschaftswoche, 25.10.2023

ist .... bei der Einführung ist man immer schnell in der Entscheidung und die geplante Rücknahme findet nie statt.

Ihre These ist hiermit widerlegt, wie Sie selber erkennen können, haben die letzten Steuererhöhungen nicht zu dem geführt, was Sie erwartet hätten. Das wird dieses Mal nicht anders sein, auch wenn es die, nur um Sie nochmal daran zu erinnern, die zweite Erhöhung innerhalb 3 Jahren ist.

Doch damit ist im Prinzip alles gesagt. 2019 war noch das Zeitalter vor Corona, vor Ukrainekrieg, vor Inflation ... Waren Zinsen damals nicht deutlich unter 0,3%? Das war doch noch zu der Zeit, als Kommunen, Länder und Bund mit die höchsten Steuereinnahmen hatten, oder nicht? Wenn man selbst in wirtschaftlich guten Zeiten mit höchsten Steuereinnahmen in Betracht zieht, diese weiter zu erhöhen, hätte man erkennen müssen, dass man nicht nur die Einnahmenseite anpassen muss, sondern auch die Ausgabenseite.

Die weit verbreitete Denkweise, Firmengewinne (wir sprechen hier von Kleinbetrieben und dem Mittelstand) sofort noch höher besteuern zu müssen, trägt am Ende auch maßgeblich dazu bei, dass Firmen sich nach anderen Standorten umschaun. Von fehlenden Nachfolgern und Betriebsaufgaben ganz zu schweigen.

**Alle, die jetzt noch bereit sind, sich am Allgemeinwohl in arbeitender Weise zu beteiligen, trifft es gleich: Die Steuerlast hat ein unerträgliches und vor allem demotivierendes Maß erreicht. Egal, ob diese in Heidenheim, Stuttgart, Berlin oder Brüssel zu bezahlen sind.**

Die Tatsache, dass lt. Ralf Willuth (Freie Wähler) bis 2027 110 Millionen mehr ausgegeben als eingenommen werden, scheint ja über eine finanzpolitische Herausforderung weit hinauszugehen.

Wir Unternehmer maßen uns in keinem Fall an, alles besser machen zu können. Die Herausforderungen sind definitiv schwieriger zu bewältigen als in der nahen Vergangenheit. Das ist aber auch für uns so, nicht nur für Bund, Länder und Kommunen. Unserer Meinung nach muss die Verwaltung massiv und schnell modernisiert werden. Die Kosten müssen deutlich gesenkt werden.

Nur neue Stellen zu schaffen kann nicht die Lösung sein. Lt. einem SWR-Bericht vom 19.7.2022 hat die grün-schwarze Landesregierung alleine 9.000 (!) neue Stellen in der Verwaltung beantragt. In diesem Artikel ist nicht erwähnt, ob bei dieser Masse an neuen Stellen auch nur eine einzige Stelle für eine Effizienzbeauftragte (r/s) dabei ist.

Eher nicht. Offensichtlich kann der Begriff „Bürokratieabbau“ unterschiedlich interpretiert werden.

**Das Vorhaben, neue Gewerbebetriebe anzusiedeln, müsste eigentlich nicht extra erwähnt werden, muss das nicht grundsätzlich so sein?**

Unseres Wissens nach haben sich mehrere Firmen darum bemüht, auf Heidenheimer Gemarkung einen Betrieb zu errichten bzw. einen bestehenden zu erweitern. Ein Großteil hat sich mittlerweile für einen Standort außerhalb Heidenheims entschieden. Die uns dafür bekannten Gründe liegen in höheren Kosten für die Bauplätze und, aus Sicht der Interessenten, dass sie an anderen Standorten deutlich mehr Unterstützung

von den zuständigen Ämtern bekommen haben. Herausforderungen haben wir alle genug, es muss schnelle und vor allem unbürokratische Lösungen geben, bevor noch mehr Investitionen verlagert werden.

Die Erfahrung eines Heidenheimer Bürgers, dass er auf die Nachricht, seinen neuen Personalausweis auf dem Rathaus abholen zu können, dreieinhalb (!) Wochen auf einen nur online zu vereinbarenden Termin warten muss oder ein Paar, das sich gemeinsam an seinen neuen Wohnsitz ummelden will und dafür 2 Termine und nicht einen gemeinsamen benötigt, mit der Begründung, „das ist halt so“, spiegelt schon auch wider, dass vorhandene Missstände nicht ausschließlich mit mehr Geld besei-

Alexander von Preen, Präsident des Handelsverbandes Deutschland:

**„Ein Drittel der Mittelständler will lieber morgen als übermorgen aufgeben“.**

Quelle: WELT / DIHK, 1.11.2023

tigt werden können. Man stelle sich die Titelschlagzeile einer großen deutschen Tageszeitung mit 4 Buchstaben vor, wenn man sich beim Bäcker für 1 Wecken und 1 Brezel zweimal anstellen muss.

Wir werden die demokratische Entscheidung im Gemeinderat zur Kenntnis nehmen. **Die wichtigste unternehmerische Grundregel besagt allerdings, dass man das Geld nur einmal ausgeben kann.**

Die entscheidende Frage aber ist: Wer ist denn überhaupt für was verantwortlich? Offensichtlich weiß das in sehr vielen Fällen niemand mehr. Das System, so wie es jetzt ist, scheint absolut nicht zukunftsfähig zu sein. Gut möglich, dass es in der jetzigen Form gescheitert ist. Es wird immer mehr Geld investiert aber die Geschwindigkeit und Konsequenz, mit der jetzt Reformen stattfinden müssten, sind nicht mal im Ansatz zu erkennen.

**Es ist an der Zeit, Missstände klar und offen anzusprechen.**

Wir als Gewerbeverein haben uns zu dieser Stellungnahme entschlossen, weil es so nicht weitergehen kann, und nicht weitergehen wird. Überrascht sind wir, dass sich außer uns niemand dazu geäußert hat. Die IHK Ulm und die Handwerkskammer Ulm hatten gemeinsam eine Demonstration gegen den Bürokratie-Wahnsinn organisiert, der auch einen großen Teil dazu beiträgt, dass nicht mehr genug vorwärts geht. Von der IHK Ostwürttemberg und von der Kreishandwerkerschaft Heidenheim, an die die meisten Pflichtbeiträge bezahlen müssen, oder den anderen Interessensverbänden der Unternehmen hätten wir eine wesentlich deutlichere und vor allem öffentlich wahrnehmbare Stellungnahme erwartet.

Auch wenn wir uns hier auf Zitate einzelner Gemeinderatsmitglieder beziehen, die wir der Heidenheimer Zeitung vom 11.11.2023 entnommen haben: Es sind niemals Schuldzuweisungen gegenüber Einzelnen bzw. einzelnen Mitarbeitern der Verwaltung.

